

Mehr Verkehr erfordert mehr Ausbau

Künftig gibt es deutlich mehr Autos auf den Straßen. Deshalb muss zusätzliches Geld in den Ausbau der Infrastruktur fließen, sagt Oberfranken CSU. Aber längst nicht alles, was nötig ist, lässt sich auch finanzieren. Prioritäten sind gefragt.

Von Melitta Burger

Neudrossenfeld – Ob es die Elektrifizierung der Bahnstrecke Nürnberg-Marktredwitz-Hof ist, die Anbindung des Coburger Bahnhofs an den ICE-Verkehr, längst ausstehende Umgebungsbauten wie die an der B 289 in Untersteinach und Kauerndorf oder die dringend nötige Anbindung des Kronacher Raums über den Ausbau der B 173 an das Autobahnnetz: Oberfranken hat in vielen Bereichen dringenden Bedarf an Verbesserungen der Verkehrsinfrastruktur. Die CSU Oberfranken, die sich dieses Themas am Wochenende in einer hochkarätig besetzten Konferenz in Neudrossenfeld annahm, ist sich im Klaren, dass vor allem angesichts der prognostizierten deutlichen Verkehrszunahme in den kommenden Jahren viele Ausbauten nötig wären. Die Christosozialen wissen aber auch: Nicht alles, was nötig und schon gar nicht alles, was wünschenswert wäre, ist auch machbar. Selbst mit den zusätzlich aus der Pkw-Maut erwarteten Milliarden wird sich auf Straßen, Schienen, auf Wasser- und Luftverkehrswegen bei Weitem nicht alles verwirklichen lassen. Klare Prioritäten zu setzen sei deswegen unabdingbar, lautete ein Fazit dieser Konferenz.

Emotional ging es an zahlreichen Stellen zu in dieser Konferenz, die CSU-Bezirksvorsitzender Dr. Hans-Peter Friedrich leitete und an der Innenminister Joachim Herrmann ebenso teilnahm wie der Bayerischer Ministerpräsident, Klaus-Dieter Josel, der Leiter der Grundsatzabteilung im Bundesverkehrsministerium, Dr. Veit Steinle, sowie zahlreiche Bundes- und Landtagsabgeordnete aus der gesamten Region. Vor allem sie waren es, die teilweise sehr deutlich ihrem Unmut Luft machten.

Bundestagsabgeordneter Hans Michelbach stellte zunächst nüchtern fest, auch mit zwei Milliarden Euro mehr aus der Pkw-Maut werde es hinten und vorne nicht reichen, alles Notwendige zu bauen: „Das ist

ein Tropfen auf dem heißen Stein für Oberfranken.“ An Projekten in einer „Public-Private-Partnership“ (PPP) führe deswegen kein Weg vorbei und er nannte alles andere nur „leere Versprechen“, mit denen die Politik den Mangel verwalte. 20 Jahre sei er nun im Bundestag, sagte Michelbach, und seitdem begleite ihn die Planung für die Bundesstraße 173: „Was hier durch die Planfeststellung geschieht, ist ein Desaster.“ Im Bereich der Bahn sehe das nicht viel besser aus. Westoberfranken werde von den wesentlichen Schienenverbindungen abgehängt. Die Bahn beschwere sich darüber, dass die neuen Fernreisebusse ihren Umsatz schmälern: „Aber die halten in Coburg, der ICE nicht.“ Gegenüber dem Vertreter der Deutschen Bahn sprach Michelbach von „einer Frechheit“.

MdB Dr. Silke Launert sprach nicht weniger kritisch die mit mehr als fünf Stunden zu lange Bahnfahrt von Hof nach Berlin an und auch die immer noch nicht genügend ausgebauten A 9. Zusammen mit ihrer Bundes-

tagskollegin Emmi Zeulner kritisierte sie auch die Situation der Bürger entlang der B 289 in Untersteinach und Kauerndorf. „30 Jahre Plakate in mei-

„Wir brauchen eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Sie ist die Lebensader jeder Volkswirtschaft.“

Innenminister Joachim Herrmann

„Die Konsequenzen aus dem Zusammenwachsen Deutschlands und Europas sind noch nicht vollständig gezogen.“

MdB Dr. Hans-Peter Friedrich

ter Friedrich widersprach keinem seiner Parteifreunde. Auch er machte deutlich: „Die Konsequenzen aus dem Zusammenwachsen Deutschlands und Europas sind noch nicht vollständig gezogen.“ Dies sei angesichts enormer Verkehrszunahmen auf der Straße ebenso wie auf der Schiene und in der Luft bis 2030 aber dringend nötig. Allerdings sieht auch Friedrich, dass längst nicht alles sofort verwirklicht werden kann, was gebraucht wird. Eine klare und konsequente Prioritätenliste werde deswegen jetzt gebraucht, forderte er.

„Auch mit zwei Milliarden Euro mehr wird es hinten und vorne nicht reichen. Das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein.“

MdB Hans Michelbach

Herrmann widersprach seinen Parteifreunden nicht. Der Freistaat habe für den Bundesverkehrswegeplan 2015 genau 184 Projekte aus dem Bereich Straßenbau, 30 Bahnprojekte und zwei Wasserstraßenprojekte eingereicht. „Wir brauchen eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Sie ist die Lebensader einer jeden Volkswirtschaft.“ Es gehe aber auch ganz wesentlich um Geld.

ter Friedrich widersprach keinem seiner Parteifreunde. Auch er machte deutlich: „Die Konsequenzen aus dem Zusammenwachsen Deutschlands und Europas sind noch nicht vollständig gezogen.“ Dies sei angesichts enormer Verkehrszunahmen auf der Straße ebenso wie auf der Schiene und in der Luft bis 2030 aber dringend nötig. Allerdings sieht auch Friedrich, dass längst nicht alles sofort verwirklicht werden kann, was gebraucht wird. Eine klare und konsequente Prioritätenliste werde deswegen jetzt gebraucht, forderte er.

ter Friedrich widersprach keinem seiner Parteifreunde. Auch er machte deutlich: „Die Konsequenzen aus dem Zusammenwachsen Deutschlands und Europas sind noch nicht vollständig gezogen.“ Dies sei angesichts enormer Verkehrszunahmen auf der Straße ebenso wie auf der Schiene und in der Luft bis 2030 aber dringend nötig. Allerdings sieht auch Friedrich, dass längst nicht alles sofort verwirklicht werden kann, was gebraucht wird. Eine klare und konsequente Prioritätenliste werde deswegen jetzt gebraucht, forderte er.

ter Friedrich widersprach keinem seiner Parteifreunde. Auch er machte deutlich: „Die Konsequenzen aus dem Zusammenwachsen Deutschlands und Europas sind noch nicht vollständig gezogen.“ Dies sei angesichts enormer Verkehrszunahmen auf der Straße ebenso wie auf der Schiene und in der Luft bis 2030 aber dringend nötig. Allerdings sieht auch Friedrich, dass längst nicht alles sofort verwirklicht werden kann, was gebraucht wird. Eine klare und konsequente Prioritätenliste werde deswegen jetzt gebraucht, forderte er.

ter Friedrich widersprach keinem seiner Parteifreunde. Auch er machte deutlich: „Die Konsequenzen aus dem Zusammenwachsen Deutschlands und Europas sind noch nicht vollständig gezogen.“ Dies sei angesichts enormer Verkehrszunahmen auf der Straße ebenso wie auf der Schiene und in der Luft bis 2030 aber dringend nötig. Allerdings sieht auch Friedrich, dass längst nicht alles sofort verwirklicht werden kann, was gebraucht wird. Eine klare und konsequente Prioritätenliste werde deswegen jetzt gebraucht, forderte er.

ter Friedrich widersprach keinem seiner Parteifreunde. Auch er machte deutlich: „Die Konsequenzen aus dem Zusammenwachsen Deutschlands und Europas sind noch nicht vollständig gezogen.“ Dies sei angesichts enormer Verkehrszunahmen auf der Straße ebenso wie auf der Schiene und in der Luft bis 2030 aber dringend nötig. Allerdings sieht auch Friedrich, dass längst nicht alles sofort verwirklicht werden kann, was gebraucht wird. Eine klare und konsequente Prioritätenliste werde deswegen jetzt gebraucht, forderte er.

ter Friedrich widersprach keinem seiner Parteifreunde. Auch er machte deutlich: „Die Konsequenzen aus dem Zusammenwachsen Deutschlands und Europas sind noch nicht vollständig gezogen.“ Dies sei angesichts enormer Verkehrszunahmen auf der Straße ebenso wie auf der Schiene und in der Luft bis 2030 aber dringend nötig. Allerdings sieht auch Friedrich, dass längst nicht alles sofort verwirklicht werden kann, was gebraucht wird. Eine klare und konsequente Prioritätenliste werde deswegen jetzt gebraucht, forderte er.

ter Friedrich widersprach keinem seiner Parteifreunde. Auch er machte deutlich: „Die Konsequenzen aus dem Zusammenwachsen Deutschlands und Europas sind noch nicht vollständig gezogen.“ Dies sei angesichts enormer Verkehrszunahmen auf der Straße ebenso wie auf der Schiene und in der Luft bis 2030 aber dringend nötig. Allerdings sieht auch Friedrich, dass längst nicht alles sofort verwirklicht werden kann, was gebraucht wird. Eine klare und konsequente Prioritätenliste werde deswegen jetzt gebraucht, forderte er.

ter Friedrich widersprach keinem seiner Parteifreunde. Auch er machte deutlich: „Die Konsequenzen aus dem Zusammenwachsen Deutschlands und Europas sind noch nicht vollständig gezogen.“ Dies sei angesichts enormer Verkehrszunahmen auf der Straße ebenso wie auf der Schiene und in der Luft bis 2030 aber dringend nötig. Allerdings sieht auch Friedrich, dass längst nicht alles sofort verwirklicht werden kann, was gebraucht wird. Eine klare und konsequente Prioritätenliste werde deswegen jetzt gebraucht, forderte er.

ter Friedrich widersprach keinem seiner Parteifreunde. Auch er machte deutlich: „Die Konsequenzen aus dem Zusammenwachsen Deutschlands und Europas sind noch nicht vollständig gezogen.“ Dies sei angesichts enormer Verkehrszunahmen auf der Straße ebenso wie auf der Schiene und in der Luft bis 2030 aber dringend nötig. Allerdings sieht auch Friedrich, dass längst nicht alles sofort verwirklicht werden kann, was gebraucht wird. Eine klare und konsequente Prioritätenliste werde deswegen jetzt gebraucht, forderte er.

ter Friedrich widersprach keinem seiner Parteifreunde. Auch er machte deutlich: „Die Konsequenzen aus dem Zusammenwachsen Deutschlands und Europas sind noch nicht vollständig gezogen.“ Dies sei angesichts enormer Verkehrszunahmen auf der Straße ebenso wie auf der Schiene und in der Luft bis 2030 aber dringend nötig. Allerdings sieht auch Friedrich, dass längst nicht alles sofort verwirklicht werden kann, was gebraucht wird. Eine klare und konsequente Prioritätenliste werde deswegen jetzt gebraucht, forderte er.



Der Autobahnverkehr wird bis 2030 deutlich zunehmen, sagen Prognosen. Dafür sind nicht alle Autobahnen in Oberfranken gerüstet.

Leserbriefe

Nur humanitäre Einsätze

Zur Diskussion um Drohnen

„Immer wieder wird der Einsatz der Bundeswehr in aller Welt mit der Sicherung unserer Freiheit ins Feld geführt. Nun stehen auf der Wunschliste der Militärs auch bewaffnete Drohnen. Damit kann ein Krieg aus der Entfernung geführt werden. Der amerikanische Präsident führt das quer durch die Welt vor. Aber es wäre nicht Deutschland, wenn wir für solche Einsätze nicht eine völlig unsinnige Lösung als Feigenblatt einführen wollten: Und dann soll auch noch das Parlament über einen solchen Einsatz entscheiden! Warum müssen wir überall die sogenannte Freiheit, will heißen die Freiheit des Westens, verteidigen, ob die Bevölkerung dort es will oder nicht? Die bisherigen Großseinsätze Irak (glücklicherweise ohne deutsche Beteiligung) und Afghanistan zeigen, dass wir nach Abzug unserer Soldaten verbranntes Land hinterlassen haben. Deshalb kann doch für uns nur gelten: Humanitäre Einsätze ja, aber lasst endlich die Finger von Kriegen, dann braucht's auch keine bewaffneten Drohnen!“

Albin Schödel, Hof

Schadenshäufigkeit zählt

Zu „Elementarversicherungen für alle“

„Naturkatastrophen häufen sich. Die großen Versicherer schreiben (der schreiben) bisher trotzdem schwarze Zahlen. Meine Versicherung will jetzt bei der Elementarversicherung für ein Wohngebäude fast 200 Prozent mehr! Begründung: Im Sinne der Versicherungsgemeinschaft. Da fallen mir die Regionalklassen bei der Kfz-Versicherung ein. Hier wird nach der Unfallhäufigkeit über den Betrag entschieden, und das ist richtig so. Also: Sollen wir hier in Hochfranken für die Hochwasserprobleme ab und neben dem Weißwurstäquator und für die häufigen Hagelschäden im ‚Speckgürtel‘ und in München mit zur Kasse gebeten werden? Wohl nein.“

Werner Würkner, Hof

Vor Fehler bewahren

Zur Verzögerung bei der Diätenerhöhung

„Falls die Diätenerhöhung weiter auf sich warten lässt, sehe ich die Gefahr, dass viele Abgeordnete noch mehr Nebenbeschäftigungen oder Lobby-Kungeleien annehmen werden. Flexibel sind sie ja, auch wenn dann die Parlamentsarbeit darunter leidet. Aber Ironie lass nach, denn Gauck tut dem Bundestag einen Gefallen: Er muss das Parlament davor bewahren, beim Verfassungsgericht in Karlsruhe auf die Nase zu fallen. Denn das wäre dann ein echter Eklat!“

Dieter Hasselbacher, Rösau

Religiöse Symbole

Zu „EUGH bestätigt Burka-Verbot in Frankreich“

„Natürlich ist das Burka-Verbot gerechtfertigt, vor allem, um die polizeiliche Arbeit nicht zu behindern. Umgekehrt sollte aber eine islamische Lehrerin durchaus das Recht haben, im Unterricht ein Kopftuch zu tragen. Auf das konkrete Verhalten kommt es an, nicht auf ein äußeres Symbol. Auch geht es darum, den Moslems die Integration zu erleichtern. Völlig unsinnig finde ich, dass an französischen Schulen nicht einmal klar sichtbare Kreuze auf der Kleidung erlaubt sind, von religiösen Symbolen an der Wand eines Gerichtssaals ganz zu schweigen. Das Grundrecht auf freie Religionsausübung zählt mehr als die weltanschauliche Neutralität des Staates, es ja gar nicht gibt, denn jeder Staat hat eine wenn auch versteckte Weltanschauung. Das religiöse Symbol zeigt zudem an, dass die Macht des Staates begrenzt ist, dass alle politischen Entscheidungen nur vorläufig und fehlerhaft sind.“

Pfarrer Christian Fuchs, Gutenstetten

Justiz schreibt neues Kapitel im Fall Mollath

Gustl Mollath hat das Justizsystem in Deutschland ins Wanken gebracht. Mit Beharrlichkeit hat der 57-Jährige, der sieben Jahre in der Psychiatrie saß, die Wiederaufnahme seines Verfahrens erreicht. Sein Misstrauen aber ist ungebrochen.

Von André Jahnke

Nürnberg/Regensburg – Sieben Jahre Zwangspsychiatrie – das Schicksal des Gustl Mollath hat die Menschen in Deutschland berührt und die deutsche Gerichtspsychiatrie in den Grundfesten erschüttert. Das Landgericht Nürnberg-Fürth hatte 2006 festgestellt, dass Mollath seine inzwischen von ihm geschiedene Frau körperlich misshandelt hatte. Weil die Gutachter den Nürnberger jedoch wegen seiner angeblichen Wahnvorstellungen als gemeingefährlich einstufte, sprach das Gericht Mollath wegen Schuldenfähigkeit frei – und wies ihn in die Psychiatrie ein.

Der heute 57 Jahre alte Mollath selbst hat sich immer als Justizopfer gesehen und jahrelang gekämpft. Im vergangenen Jahr kam er frei und hofft nun auf Rehabilitation in dem Wiederaufnahmeverfahren, das am heutigen Montag beginnt. Die Vorwürfe in der Anklageschrift

wiegen schwer: Mollath soll 2001 seine damalige Ehefrau mit zwanzig Fausthieben niedergeschlagen, gebissen, getreten und bis zur Bewusstlosigkeit gewürgt haben. Später soll er sie in der Wohnung eingesperrt haben. Gefährliche Körperverletzung und Freiheitsberaubung lauten die Anklagepunkte. Zudem soll er zwei Jahre später aus Rachsucht Dutzende Autoreifen zerstochen haben.

In der Zwischenzeit erstattete Mollath Strafanzeige gegen seine Frau, weitere Mitarbeiter der HypoVereinsbank und 24 Kunden wegen Steuerhinterziehung, Schwarzgeld- und Insidergeschäften. Diese Anzeige wurde später von der Staatsanwaltschaft abgelehnt. Die Angaben seien zu unkonkret für ein Ermittlungsverfahren,

hieß es. Für Mollath ist diese Anzeige der Ursprung eines Komplotts seiner Ex-Frau und der Justiz gegen ihn.

Mollath schrieb zahllose, oft verworrene Briefe an Behörden, Staatsanwälte, die HypoVereinsbank, seine Frau, den Papst, UN-Generalsekretär Kofi Annan und andere. Was er selbst als seine staatsbürgerliche Pflicht begriff, erlebten die Empfänger seiner Schreiben immer häufiger als Querulanz und Verfolgungswahn. Ein „bisschen knorrig und skurril“ sei Mollath schon, räumt sein Anwalt Gerhard Strate heute ein.

Als jedoch 2012 ein älterer Revisionsbericht der HypoVereinsbank auftauchte, belegte dieser einige der von Mollath behaupteten Schwarz-

geld-Geschäfte des Bankinstituts. Mit einem Mal geriet selbst die damalige bayerische Justizministerin Beate Merk, CSU, unter Druck. Sie soll schon frühzeitig von dem internen Bankbericht gewusst haben. Merk bestritt das stets. Gustl Mollath beschäftigte sogar einen Untersuchungsausschuss des bayerischen Landtags. Der beschuldigte der Justiz im Freistaat schließlich, den Fall nur oberflächlich behandelt zu haben.

„Der Prozess hat damals gerade einmal vier Stunden gedauert, dann war alles vorbei“, sagt Mollath-Anwalt Strate. Für das Wiederaufnahmeverfahren vor dem Landgericht Regensburg sind dagegen 17 Verhandlungstage angesetzt, Dutzende Zeugen geladen. „Eine Verurteilung meines Mandanten ist für mich nicht denkbar“, betont Strate. Der Freispruch von damals sei rechtskräftig, und bei einem Wiederaufnahmeverfahren dürfe der Angeklagte nicht schlechtergestellt werden.

„Es geht bei dem Prozess einzig um die Kriterien einer Unterbringung, darum, ob von ihm eine Gefährlichkeit für die Allgemeinheit ausgeht und ob neue Straftaten zu erwarten sind“, erläutert Strate. Bei der Beweisaufnahme werde das Gericht aufklären, wie die bayerische Justiz mit Mollath umgegangen sei. Vor allem die Endphase des Prozes-

ses wird mit Spannung erwartet. Dann stehen die psychologischen Gutachten im Fokus. Das Landgericht hatte eine erneute Begutachtung verlangt. „Gustl Mollath hat sich aber nicht explorieren lassen“, sagt Anwalt Strate. Seit seiner Entlassung hatte Mollath stets über voreingekommene Staatsanwälte, schlampig arbeitende Gerichte und verantwortungslose psychiatrische Gutachter gewettert – sein Vertrauen in die Justiz ist dahin.

So kann der vom Gericht bestellte Münchner Psychiater Professor Dr. Norbert Nedopil lediglich nach Aktenlage und nach den Eindrücken im Gerichtssaal entscheiden.

Mollath erwartet keinen vollständigen Freispruch. Das System werde versuchen, „mir irgendwas anzuhängen, um sich selbst reinzuwaschen“, sagte er dem *SZ-Magazin*.

Egal wie der Prozess ausgeht, eines hat der Fall Mollath erreicht: Bayerns Sozialministerin Emilia Müller, CSU, will noch dieses Jahr den Maßregelvollzug zur Unterbringung psychisch kranker Straftäter neu regeln, denn: „Wir brauchen mehr Transparenz und Rechtssicherheit für alle Beteiligten, für die untergebrachten Personen wie auch für die Beschäftigten im Maßregelvollzug.“ Die Resozialisierung solle im Vordergrund stehen, ein Therapieanspruch gesetzlich verankert werden.



Das Schicksal des Gustl Mollath hat die Menschen berührt und die deutsche Gerichtspsychiatrie in ihren Grundfesten erschüttert. Heute beginnt in Regensburg der mit Spannung erwartete Wiederaufnahmeprozess.

Leserbriefe sind keine Stellungnahme der Redaktion und können nur mit Anschrift des Absenders veröffentlicht werden. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung vor. Online-Zuschriften sind möglich unter: leserbriefe@frankenpost.de